

Für den Angestelltenkampf nach dem Vorbild der Arbeiterklasse

Am 25. und 26. Dezember hat in Berlin eine Reichstagung der revolutionären Angestelltenbewegung stattgefunden, die der Überprüfung der vergangenen Arbeit blante und entscheidende Beschlüsse für die künftigen Arbeiten zu fassen hatte. Das Jahr 1933 heißt auch für die Angestelltenbewegung der KPD große Aufgaben. In dem Mittelpunkt der Aussprache stand die Frage der Vorbereitung der Kämpfe. Einmütig wurde folgender Aufruf an die Angestellten beschlossen:

Aufruf der ersten Angestellten-Reichskonferenz der KPD Kollegen! Kolleginnen!

Die Vereinerung der Angestellten hat 1932 weiteste Fortschritte gemacht. Die Mehrheit der Angestellten lebt wie die Arbeiterklasse mit ihren Familien unter dem Existenzminimum. Mit dem Gehaltsabbau in seinen verschiedenen Formen ist der Abbau der Angestelltenrechte vorgenommen worden, jener Rechte, die nach Meinung der „Angestelltenführer“ so ewig wie die kapitalistische Gesellschaftsordnung selbst sein sollen. Die Offensive des Kapitalismus warf mittellose die älteren Kollegen auf die Straße, die verbleibenden spannte sie in ein wohnnützliches Arbeitslosennetz, das sie mit halbtierischen Gehältern besetzte. Auf die Angestelltenjugend nahm man in der Rationalisierung durch Maschine und Teilung der Arbeit ebensowenig Rücksicht wie auf die älteste Generation. Überall wurde veranlaßt, was der Gewerkschaftsleiter nicht anders behandelte als der Arbeiter.

Das Jahr 1933 wird im Zeichen verheerender Angriffe gegen alle Werktätigen stehen. Das Programm der Schlechterregierung bildet die Grundlage neuer Angriffe gegen die Angestellten. Die Verschlechterung des Räumungsschutzgesetzes, der Abbau von Leistungen in der Angestelltenversicherung (im Bankgewerbe schon im Dezember beschlossen) liegen in der Linie der Sozialpolitik, die Angestelltenbegriff zu beilegen, wie man es schon ganz unerbittlich im „Arbeitgeber“ ausgeprochen hat.

Weg mit dem Bonzentunhandeln!

Von den berufenen „Führern“ der Angestelltenbewegung hören wir die alte kapitalistische Melodie: abwarten und auf eine bessere Zeit hoffen, die viele „Führer“ durchsehen wollen. Ihre Attitüde erschöpft sich in Briefen, Telegrammen und anderen Blättern an den „sozialen“ General, dem Reichshaber und Reichsanwalt der Reichswehr und Schupo.

Die Reichstagung der revolutionären Angestellten wendet sich nicht an den „sozialen“ General, sie fordert ihre Kollegen nicht auf, die Einigungen der sozialen Versprechungen abzuwarten. Sie die vier Millionen Berufskollegen in den Betrieben und Büros und in den Verkehrsbetrieben und Warenhäusern geht ihr Ruf, alle Kräfte in den Betrieben gegen das Hungerprogramm der Sozialpolitik zusammenzuschließen und den Angestelltenkampf nach dem Vorbild des Arbeiterkampfes in den Fabriken zu organisieren. Sie reißt die Brüderhand den freigeistlichen Kollegen in den Gewerkschaften, um mit ihnen gemeinsam den Kampf gegen den Schlechterschutz der Verport-Aufhäuser-Säuretränke aufzunehmen, ebenso den Kollegen im Bau, im Handel und im Dienst, deren Führer Schneider, Reumer und Färberberg noch offener in der Schlechterschutz stehen. Wir fragen die Kollegen im DGB und die Kolleginnen im BFD, ob sie damit einverstanden sind, daß der Autor des DGB-Programms der General Schleicher ist. In den „Deutschen Führerblättern“ heißt es: „Das vom Deutschen Handlungsgewerkschaften-Verband vorgelegte Programm für Arbeitsbeschaffung, Kreditausweisung ist nicht ohne vorherige Abklärung mit Schleicher verhandelt worden und bezweckt tatsächlich einen Ausgleich zwischen dem Gerets-Plan und den Forderungen der freien Gewerkschaften.“ Dasselbe DGB-Verfahren, die für Hitler als Reichsanwalt eintritt, führt die Aufgabe des DGB-Vertrages durch. Wir warnen unsere Kollegen, dieser Gewerkschaftsfront vom DGB bis zu den Nationalsozialistenführern, von Aufhäuser, Schneider, Färberberg und Färberberg zu hüten. Nebenbei wird Angestellten haben genug unter dem Arzum gelitten, daß unsere Interessen identisch mit denen der Könige der Finanzen wären. Wir ignorieren den Hungerstreik enger, weil das „Faterland“ unsere Opfer zum Wiedereinkauf der deutschen Wirtschaft braucht. Heute ist es schmerzhaft, daß die diese Standesbeiden Millionen waren, die nur dazu dienen, uns vom Kampf gegen den Gehaltsabbau und andere Verschlechterungen abzuhalten, und das kapitalistische System gegen die kämpfende Arbeiterklasse zu verteidigen. In der „demokratischen“ Republik berichten die Kapitalistenklasse genau so wie in dem Kabinett der verhassten sozialistischen Diktatur des weißen Generals. Die Kapitalisten führen in den Betrieben den gleichen Lohnabbau, das Kollapsitem bei den Beamten durch, wie in den übrigen Ländern oder wie normale Bauan-Sperrung in Preußen.

Kampf muß die Lösung sein!

Die in der KPD organisierten Angestellten rufen die vier Millionen-Kräfte in den Büros und Warenhäusern zum Massen-

In die Einheitsfront des Kampfes!

Massenmobilisierung der Angestellten für die Betriebsrätewahlen

Einem Artikel des Genossen Willi Johne zu den Aufgaben der Angestellten entnehmen wir folgendes:

Die Betriebsrätewahlen in den Angestelltenbetrieben müssen eine Durchbruchschlacht werden. Sie müssen feste Fronten in den Betrieben gegen die Isolierungspolitik der Gewerkschaften und Partei Führer, angefangen vom Aa-Bund mit seinen Verbänden bis zum Deutschen Handlungsgewerkschaften-Verband, von der KPD bis zu den Nationalsozialisten bringen.

Die Maßnahmen der Schlechterregierung werden sich immer mehr verschärfen, um den Bestand des kapitalistischen Systems zu erhalten. Die sozialdemokratischen, christlichen und nationalsozialistischen Gewerkschaftsführer isolieren die Politik der Schlechterregierung. Der Aa-Bund hat in seiner Rundgebung vom 8. Dezember erklärt:

„Die Regierung Schleicher muß oder ihre oft belohnte soziale Gewinnung erst durch Taten beweisen.“

Gleichzeitig wird die Arbeitszeitverlängerung auf gesetzlicher Grundlage“ d. h. weitere Gehaltskürzung für Millionen von Angestellten gefordert, trotzdem heute bereits ein Drittel aller Angestellten überfüllt arbeiten.

Der Deutsche Handlungsgewerkschaften-Verband, in dem die Nationalsozialisten durch ihren Reichsstadtsabgeordneten Sicht machenden Einfluss haben, behauptet offen, daß sein „Arbeitsbeschaffungsplan“ unter vorheriger Abklärung mit Schleicher und seinen Vertrauensleuten zustande gekommen ist.

In dieser Situation müssen die Betriebsrätewahlen zu einer breiten Einheitsfrontbewegung in den Angestelltenbetrieben werden. Eigene Kandidatenlisten auf der Grundlage von betrieblichen Kampforganisationen für die Tagesinteressen aller Angestellten in allen Betrieben, den prinzipiellen Kampf gegen die verabschiedete Politik der Schlechterregierung unterstützen. Die Betriebsrätewahlen, besonders gegen die in den Angestelltenbetrieben stehenden Betriebsorganisationen der NSBO, ist die Parole.

Es gilt den besten und größten Teil der Angestellten für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen, dazu dürfen wir uns durch

widerstand gegen jede Entziehung auf. Im Vordergrund steht unter Wille zum gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung. Unsere erste Reichskonferenz aus allen Parteien Deutschlands war von dem jähren Willen erfüllt, alle Schwierigkeiten zu überwinden, um das Jahr 1933 zu einem Wendepunkt in der Angestelltenbewegung, zu einem Jahr des Kampfes gegen alle Angestelltenfeinde zu machen. In diesem Geiste bereiten wir die Betriebsrätewahlen, die Schaffung einer breiten Oppositionsbewegung in allen Gewerkschaften vor durch die erhaltene Durchführung und Vorkampfung der Beschlüsse der KPD, und rufen wir zum Kampf für die Forderungen:

1. Gegen jeden kleinen Gehaltsabbau, für Wiederherstellung der Gehälter, für das Koalitionsrecht, für die Verteidigung der Tarifverträge und den Kampf um den vollkommenen Tarifvertrag.

ZdA-Führer Heinz ist für

„Gehaltsraub in erträglichen Grenzen“

Heinz versucht vergeblich zu leugnen. Offenes Bekenntnis zur Streikdrucktätigkeit und des Kapitalismus

Nachdem bereits vor mehreren Tagen eine „Entgegnung“ des ZdA auf unseren Artikel „Gewerkschaftsführer verordnen neuen Gehaltsraub“ in der Dresdner Volkszeitung veröffentlicht wurde, die zwar keine Entkräftung der von uns berichteten standhaften Äußerungen des führenden ZdA-Funktionärs Heinz, doch aber eine wüste Schimpansenanrede gegen unsere Arbeiterkorrespondenten brachte, versuchte „Kollege“ Heinz sich in der am Freitag, dem 30. Dezember, stattgefundenen Grobhandelsversammlung des ZdA vor seinen Mitgliedern reinzuwaschen. Vom Verlauf dieser Versammlung gibt uns unser Arbeiterkorrespondent folgende Darstellung:

Als ich mich vor einigen Wochen mit einem Bericht und der Bitte um dessen Veröffentlichung an die Arbeiterstimme wandte, hatte ich nicht geglaubt, damit einen beträchtlichen Staub in den mülligen Säuren des Dresdner ZdA aufzuwirbeln, wie das tatsächlich geschehen ist. Immerhin mußte ich nach der „Entgegnung“ in der Dresdner Volkszeitung, was es geschlagen hatte. Ich war deshalb nicht sehr erstaunt, als die Hochgruppenprüfung mit einer heftigen und verunglimpfung des Berichterstatters, also meiner Person, eingeleitet wurde. Allerdings war ich überlistet, als dieser Bericht dem ersten besten durch sein Absteigen als Kommunist kenntlichen Kollegen in die Schuhe geschoben wurde. Ein Beweis, mit welchem Vorwitz und Hak unsterblichen Verdammung jedem kommunistischen Arbeiter und Angestellten gegenübersteht. Um so schmerzlicher wird den Kollegen Heinz und Wünschmann sein, erfahren zu müssen, daß es

nicht unter den von ihnen als „unbedingt höher und gewerkschaftstreu“ angesehenen Mitgliedern oppositionelle Kollegen gibt.

Allerdings habe ich keine Veranlassung, mich als den „dämlichsten aller Arbeiterkorrespondenten“ zu erkennen zu geben, weil ich befürchte, dann nach alibiemächtiger Methode wegen meiner kritischen Stellung den Gewerkschaftsführern gegenüber als „verhandlungsunfähiges Element“ ausgeschlossen zu werden.

Die „Entgegnung“ des Kollegen Heinz war, wie ich heute in aller Deutlichkeit feststellen muß, tatsächlich mehr wie leuchtend. Anstatt die auf geistreiche Äußerung einzugehen, nach der die Arbeiterstimme „nur von den geliebten Armen geliebt wird“.

Von vornherein müssen einige Unterstellungen zurückgewiesen werden. Es ist nicht wahr, daß die Tatsache, daß der Gehaltsabbau nur vom 15. Berufsahre ab eintreten sollte, aus „demagogischen Gründen“ unterstrichen wurde. Hätte Heinz seine Augen etwas weiter geöffnet, wozu ihn sein über die „Objektivitätsmaßstab“ geht, hätte er diesen Zusatz bemerken müssen.

In gleicher Weise kann von einer Verwechslung der Angestelltengruppen bzw. der vertriebenen Syndikat gar keine Rede sein, denn auch hier wurde ausdrücklich bemerkt, daß es sich um

2. Gegen die Kurzarbeit mit Gehaltsabbau, für die Aufhebung des Reichsgerichtsurteils zur Kurzarbeiterentschädigung, für Biergiganten ohne Gehaltskürzung, für Schichtarbeit für alle Angestellten, die an Maschinen beschäftigt sind, für den Schichtlohn und völlige Sonntagsruhe.
3. Gegen jede Verschlechterung des Räumungsschutzgesetzes, für Beschäftigungspflicht für jeden Unternehmer von älteren Angestellten.
4. Gegen den Abbau, für die Erhöhung der Leistungen in der Angestelltenversicherung, für ausreichenden Schutz der jugendlichen und weiblichen Angestellten.
5. Für ausreichende Winterhilfe für die erwerbslosen Angestellten, gegen jede Form des Arbeitsdienstes und gegen Militarisierung der Jugend.
6. Gegen den sozialistischen Schlechterschutz der Gewerkschaftsführer, wie Aufhäuser, Schneider und Färberberg.
7. Gegen die imperialistische Kriegspolitik und das Versailles Diktat, für die Verteidigung des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion.
8. Für oppositionelle Angestelltenräte auf den Einheitslisten, für oppositionelle Vertreter in den einzelnen Funktionen der Gewerkschaften, für den gemeinsamen Kampf mit den Arbeitern, für den Sozialismus, für die Arbeiter- und Bauernrepublik.

die Einzelhandelsangestellten drehte. Allerdings ist mir ein kleiner Versehen in der Benennung der Gruppen unterlaufen, indem statt Gruppe 1, Gruppe 2 mitgeteilt wurde. Diesen unbedachten Fehler stelle ich hiermit ausdrücklich, trotzdem bleibt auch dieser Gehaltsabbau nicht weniger unerträglich. Wenn Heinz auch meint, daß es sich in diesen Gruppen um verhältnismäßig hohe Gehaltslinien handele, so muß man hierzu bemerken, daß es sich bei den im 15. Berufsahre und darüber hinaus befindlichen Angestellten meist um ältere Kollegen handelt, die Familien zu ernähren haben und die mit ihrem verhältnismäßig hohen Gehalt ebenso schlecht auskommen, wie mancher jüngerer Angestellter in jüngeren Berufsahren.

Weiterhin versuchte Heinz, speziell in seinem Volkszeitungsartikel, seine Bemerkung, daß sich der Angestellte „um jeden Preis“ gewerkschaftlich organisieren sollte, in welcher Gewerkschaft sei nebensächlicher Natur, als erlogen und unmaß hin zu stellen. Trotzdem behauptete er wieder mehrfach diese seine Unfähigkeit. So formulierte er beispielsweise schon etwas vorförmlich, aber nicht weniger einseitig:

„Es kommt nicht in erster Linie darauf an, in welcher Gewerkschaft der Angestellte organisiert ist, als vielmehr, daß er überhaupt organisiert ist. Damit anerkennt er natürlich nicht die Weltanschauung des DGB oder DGB. Aber es besteht nun einmal die Tatsache, daß viele Angestellte aus Unwissenheit oder anderen Gründen nicht an unserer Weltanschauung stehen. Der Christliche hatler muß jedoch zugegeben werden, daß wir gewerkschaftspolitisch in einem sehr guten Verhältnis mit den anderen Verbänden stehen, ohne daß von irgendeiner Seite Seitenzüge gemacht werden.“

Ich gratuliere Herrn Heinz aufs herzlichste zu der „wilden Ehe“, in der er mit den gelben und nationalsozialistischen Gewerkschaften

Stärkt die Winterhilfe der RM!

Der Betrieb Jaomahl rechnete für die Winterhilfe der Renten Hilfe 15,80 Mark ab und sammelte außerdem 150 Zigaretten. Die Belegschaft der Neuburg rechnete als zweite Rate 14,30 Mark ab, (erste Rate 12,30 Mark, insgesamt 26,60 Mark). Das ist Klassenhelden! Wo bleiben die Abrechnungen der anderen Betriebe?

schaffsführern lebt. Wenn von beiden Seiten keine Seitenzüge gemacht werden, so scheinen sich die Partner ausgezeichnet zu verstehen.

Vielleicht besteht es meinem „Kollegen“ Heinz, auch die vorstehende wütlich zitterte Äußerung als unmaß hin zu stellen, und mich als Träumer oder Vagner zu bezeichnen. Es kommt aber noch viel besser. Mit einer nicht oft gebotenen Ehrlichkeit, die an Eindeutigkeit tatsächlich nichts zu wünschen übrig läßt, äußert sich Heinz über den Zweck der Gewerkschaften:

„Es liegt nun einmal im Wesen und in den Eigenschaften der Gewerkschaften, zu verhindern, daß Streiks vom Jaune gebrochen werden, und Kompromisse zu schließen, wenn sich das ohne große Kompensationen machen läßt, d. h. wenn der geforderte Gehaltsabbau in erträglichen Grenzen bleibt.“

Herr Heinz, leugnen Sie auch diese Äußerung, in der Sie ganz offen die wirtschaftsfeindliche und streikverhindernde Rolle Ihrer Gewerkschaften zugab?

Was heißt denn das — „Gehaltsabbau in erträglichen Grenzen“? Darben und hungern nicht die Millionenmassen der deutschen Angestellten heute schon buchstäblich, gleich ob sie erwerbslos oder betriebsfähig sind? Was für Kompensationen wollen sie denn vermeiden? Glauben Sie immer noch an den Erfolg ihrer Kurzarbeiterentschädigung am Krankenbett des Kapitalismus. Der Wille zur kämpfenden Einheitsfront zwischen allen Arbeitern und Angestellten gegen jeden Versuch des deutschen Kapitalismus, die Lebenslage des deutschen Proletariats weiterhin zu verschlechtern, wird sich auch durch Ihre wirtschaftsfeindlichen Injektionen nicht betäuben lassen.

Auch mit der von Ihnen betriebenen Deha gegen die unorganisierten Angestellten wird es nicht gelingen, die Widerstandsfähigkeit der Angestellten und Arbeiter zu erschöpfen. Gerade die letzten Streikämpfe des deutschen Proletariats, die letzten Unbesiegten zum Sturz der Papenregierung führten, haben gezeigt, daß die unorganisierten Kollegen kampffähigsten und schlagkräftigsten handelten, während Gewerkschaftsführer den Streikbruch organisierten.

Ja, es sind sogar Fälle bekannt, wie bei dem Streit bei Willeton & Koch in Torgau, wo sich die organisierten Kollegen gegen ihre nichtorganisierten Kollegen misshandeln liehen. Nur durch die von den Gewerkschaften ihren Mitgliedern beschlossene Arbeitsaufnahme wurde der bis dahin mit bester Gekochter Geschlossenheit geführte Widerstand zerfallen. Es birgt zu hoffen, daß es Ihnen bei den Angestellten von Siemens-Glas nicht gelingt, Ihre „kompensationserneuernde“ Injektion für den Kapitalismus zu spielen.

Immerhin zeigte die Abstimmung über Neubeauftragung der Gewerkschaftsführer, Verhandlungen zu führen und die Schlichterkammer anzurufen, daß eine Anzahl Kollegen sich der Klassenfeindschaft dieser Institution bemußt sind und sich deshalb nicht an der Abstimmung beteiligten.